

„Sein“ umgestellt. Je tiefgreifender sich diese Umgestaltung vollzog, um so mehr wurden sie aus ihren alten Lebens- und Denkgewohnheiten herausgerissen und mit den neuen Verhältnissen verbunden. Das bedeutet eine Umwälzung im Bewußtsein der Massen, die Abkehr von der bürgerlich-anarchistischen Spontaneität, die Lenin bekanntlich als eine schreckliche Macht bezeichnete, und die Entwicklung eines neuen, eines gesellschaftlichen Bewußtseins, was zugleich auch das Eindringen in die Gesetzmäßigkeit der gesellschaftlichen Entwicklung erleichterte und beschleunigte.

Das ist andererseits die fortwährende Vervollkommnung der staatlichen Tätigkeit in Richtung der konkreten und sachkundigen Leitung der Wirtschaft und des ganzen gesellschaftlichen Lebens. Die Schaffung und Entwicklung der sozialistischen Produktionsverhältnisse ist die geschichtliche Aufgabe der Diktatur des Proletariats, und sie steht seit dem ersten Tage dieser Macht. In der dialektischen Entwicklung ist es jedoch so, daß mit der neuen Macht, also mit der Diktatur des Proletariats, wohl auch alle ihre Seiten schon da sind, aber notwendigerweise erst als neue, als aufkeimende, nicht schon als vollentwickelte Form. Also ist die Diktatur des Proletariats nicht schon vom ersten Tage ihrer revolutionären Geburt an als die vollentwickelte Kraft zur Leitung der Gesellschaft zum Sozialismus-Kommunismus da, sondern bedarf dazu ihrer Durchsetzung und Verwirklichung, wobei sie auch ihre Funktion der Leitung der Ökonomie immer breiter und tiefer entfaltet, und zwar gerade durch den Ausbau des sozialistischen Staates. Das heißt, daß der sozialistische Staat mit immer größerer Vervollkommnung und Intensität sich in Richtung der bewußt geführten Produktion entwickelt, in immer stärkerem Maße alle Seiten des Produktionsprozesses seiner rationellen Beherrschung und damit der bewußten und sinnvollen Gestaltung unterwirft. So dringt das bewußte Handeln, die planvolle Leitung bis in den letzten Winkel der Produktion.

Innerhalb dieser Entwicklung ist natürlich der Staatsapparat, was seine Struktur und Arbeitsweise anbetrifft, großen und vor allem qualitativen Wandlungen unterworfen. Ging es z. B. zuerst darum, gegenüber der formalen, gesellschaftsfremden und noch sehr im bürgerlichen Fahrwasser sich bewegenden Vollzuständigkeit der Staatsorgane, die nicht mit einem Schlag überwunden werden konnte, eine Arbeitsweise durchzusetzen, die politische Leitungstätigkeit war, nämlich Führung der Massen, Hebung ihres Bewußtseins, Förderung des Neuen und Kampf gegen das Alte, so tauchten mit der weiteren Entfaltung des demokratischen Zentralismus, als die Massen bereits geweckt waren und mit ihrer zunehmenden Bewußtheit und Initiative immer mehr zur dynamischen Triebfeder der Entwicklung wurden, ganz neue Probleme der staatlichen Leitungstätigkeit auf. Jetzt ging es nicht mehr nur darum, der Masseninitiative Raum zu geben, sondern darum, sie systematisch zu fördern, indem sie auf das engste mit der staatlichen Leitungstätigkeit verbunden wurde.

Das gilt in gleichem Sinne auch für die Justizorgane. Wenn auch schon bestimmte Ansätze zur Durchsetzung des demokratischen Zentralismus in der Justiz vorhanden sind, so genügt das noch keineswegs. Sie müssen größere Anstrengungen unternehmen, um aus dem Nachtrag, der Fallentscheidung herauszukommen und durch eine aktive Teilnahme am praktischen Kampf der Werktätigen um den sozialistischen Aufbau die Rechtsprechung so zu gestalten, daß sie große Auswirkungen auf die Festigung der gesellschaftlichen Disziplin und die Entwicklung des sozialistischen Bewußtseins der Bevölkerung hat. Dies heißt, daß die Justiz durch richtige Erziehungs- und Strafmaßnahmen einen wichtigen Beitrag bei der Erfüllung der Pläne leisten muß.

An der Entwicklung des demokratischen Zentralismus und der sozialistischen Demokratie läßt sich die Entwicklung des Staatsaufbaus und der staatlichen Tätigkeit in der Deutschen Demokratischen Republik ablesen. Sie ist die Geschichte des Kampfes und des Sieges um die Herausbildung, Festigung und Stärkung unserer volksdemokratischen Staatsmacht, des ersten Arbeiter-und-Bauern-Staates in der Geschichte Deutschlands.

### III

Der V. Parteitag der SED leitete die Periode des vollentfalteten Aufbaus des Sozialismus ein. Er erklärte, daß die Sicherung des Friedens zum Hauptinhalt der Deutschlandfrage geworden ist. Damit der Friede erhalten und die nationale Wiedergeburt Deutschlands als friedliebender und demokratischer Staat herbeigeführt werden kann, müssen der Militarismus und Imperialismus in Westdeutschland gebändigt und die Bildung einer Konföderation beider deutscher Staaten erreicht werden.

Auf dem 6. Plenum des Zentralkomitees der SED schlug der Genosse Walter Ulbricht zur Unterstützung des vom Genossen Chruschtschow vor der UNO entwickelten großen Friedensprogramms der Sowjetunion erneut vor, daß sich die Parlamente und Regierungen beider deutscher Staaten, die demokratischen Parteien, die Gewerkschaften, Bauernverbände und andere Organisationen für eine Verständigung der beiden deutschen Staaten und aller Deutschen erklären und sich für die Lösung folgender Fragen einsetzen:

1. Einstellung aller Experimente mit Kernwaffen. Das bedeutet, daß auch Westdeutschland darauf verzichtet, an den französischen Kernwaffenexperimenten in der Sahara teilzunehmen.
2. Beide deutsche Staaten verzichten auf Atomrüstung und unterstützen die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone.
3. Beide deutsche Staaten vereinbaren einen sofortigen Rüstungsstopp, einen Nichtangriffspakt und führen Verhandlungen über die Zahl, Ausrüstung und den Standort der militärischen Streitkräfte.
4. Vertreter beider deutscher Staaten setzen sich gemeinsam für den schrittweisen Abzug der ausländischen Streitkräfte und für die Beseitigung der ausländischen Militärstützpunkte ein.
5. Bildung eines gesamtdeutschen paritätischen Ausschusses aus Vertretern der Regierungen beider deutscher Staaten, der sich mit den Fragen der Erhaltung des Friedens, der Vorbereitung eines Friedensvertrages und der Schaffung der Voraussetzungen für die Wiedervereinigung Deutschlands beschäftigt.

An diesen Vorschlägen zeigt sich erneut, mit welcher großer Verständigungsbereitschaft Partei, Regierung und Nationale Front des demokratischen Deutschland für die Erhaltung und Festigung des Friedens und die friedliche und demokratische Wiedervereinigung Deutschlands eintreten. Die entscheidende Voraussetzung jedoch für die Verwirklichung dieser Vorschläge ist die weitere Festigung und Stärkung der DDR, der Sieg des Sozialismus auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens im Kampf um die Erfüllung und Übererfüllung des Siebenjahrplans, insbesondere der ökonomischen Hauptaufgabe. Der Siebenjahrplan hat infolgedessen einen tiefen politischen und sozialen Inhalt, und der Kampf um seine Erfüllung ist gleichsam die konkrete Politik des Friedens in Aktion. Seine nationale Bedeutung besteht darin, daß die Bevölkerung der DDR vor dem ganzen deutschen Volk und allen Völkern beweist, daß das deutsche Volk in Frieden, Wohlstand und Glück leben kann, wenn das Volk selbst durchsetzt, daß auch Westdeutschland auf jede imperialistische Eroberungspolitik, auf Grenzforderun-